Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1932

275 (23.11.1932)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,50 Mark. Einzelnummer und Belegblatt 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Buchdruckerei A. Dups, Durlach, Mittelstr 6. Fernsprecher 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10101.

Anzeigenberechnung: Die 8gespaltene Millimeterzeile 8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachm 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag ½9 Uhr vorm. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 275 | **Mittwoch den 23. November 1932** | **104. Jahrgang**

Kurze Tagesübersicht

Die endgültige Entscheidung Hitlers über die Annahme des Auftrags des Reichspräsidenten zur Bildung einer parlamentarischen Regierung ist am Mittwoch zu erwarten.

•

Das Antwortschreiben des Reichspräsidenten auf die Rückfrage Hitlers ist am Dienstag nachmittag Hitler zugeleitet worden.

•

Der Herzog von Koburg und der frühere Reichsbankpräsident Dr. Schacht haben Dr. Hugenberg Besuche abgestattet.

•

Der Rundfunkkommissar, Ministerialrat Scholz, tritt wieder in das Reichsinnenministerium zurück.

*

Der Präsident des Auswärtigen Ausschusses des französischen Senats, Berenguer, der einige Tage in Italien weilte, hatte mit Herriot eine Unterredung. Man nimmt an, daß einer Aenderung der französischen Politik gegenüber Italien bevorsteht.

Rundfunkkommissar Scholz tritt zurück

Berlin, 22 Nov. Nach Abschluß der Neuordnung des Rundfunks tritt der **Rundfunkkommissar Ministerialrat Scholz wieder in das Reichsministerium des Innern zurück.** Der Reichsminister des Innern hat Scholz seinen Dank für die hingebende und erfolgreiche Arbeit bei der Neuordnung des Rundfunks ausgesprochen. Mit der vorläufigen Vertretung des Rundfunkkommissars ist der Rundfunkreferent im Reichsministerium des Innern, Oberregierungsrat Dr. Conrad, beauftragt worden. Die endgültige Besetzung der Stelle ist ausschließlich Sache des Reichsministers des Innern.

Der Führer der bayr. Deutschnationalen zurückgetreten

T.U. **München**, 22. Nov. Der langjährige Führer der bayerischen Deutschnationalen, Dr. Hans Hilpert-München, hat aus Gesundheitsrücksichten den Vorsitz der Deutschnationalen Volkspartei in Bayern niedergelegt. Zur Regelung der Frage der Neuwahl wird eine Landesausschußtagung einberufen. Bis zu dieser Sitzung wird Dr. Hilpert die Geschäfte weiterführen.

Die Kriegsschulden an Amerika

Eine tschechoslowakische Note an Amerika

Washington, 22. Nov. Der hiesige tschechoslowakische Gesandte überreichte Staatssekretär Stimson eine Note seiner Regierung, die, wie England, Frankreich und Belgien **Zahlungsaufschub und Revision der Schuldenraten** erbittet.

Sehr bemerkt wird hier Italiens Schweigen in dieser Angelegenheit. Man betont, daß Mussolinis Taktik hier sehr gut wirke, gerade weil er es ablehne an dieser „Einheitsfront gegen den amerikanischen Steuerzahler" teilzunehmen.

Schatzsekretär Mills hatte lange Besprechungen mit Präsident Hoover, der wie verlautet, nach wie vor geneigt sein soll, dem Kongreß die **Ernennung einer Kommission zur erneuten Prüfung der Zahlungsfähigkeit der einzelnen Schuldnerstaaten zu empfehlen. Allgemein abgelehnt wird eine Gleichstellung von England und Frankreich.** Man ist hier überzeugt, daß die französische Nation, die während der kritischen Periode der Vereinigten Staaten Gold in großen Mengen aus Amerika herauszog, **die Schuldenrate leicht bezahlen könne**, während man zugibt, daß der mit England vereinbarte Zinsfuß unverhältnismäßig hoch ist und eine ungerechte Härte gegenüber England darstellt.

St. Louis, 22. Nov. Der künftige Vizepräsident der Vereinigten Staaten, John Garner, erklärte, er sei durchaus gegen die Streichung oder Abänderung der Kriegsschulden.

*

Zweistündige Besprechung zwischen Hoover und Roosevelt.

T.U. **Washington**, 23. Nov. Präsident Hoover, Schatzsekretär Mills und Roosevelt, der in Begleitung von Professor Moley erschienen war, hielten am Dienstag nachmittag im Weißen Hause eine zweistündige Besprechung über die Kriegsschuldenfrage ab. In der amtlichen Erklärung über die Konferenz heißt es: Präsident Hoover und Roosevelt besprachen ausgiebig die vorliegenden Fragen. Sie hatten das Gefühl, daß ein Fortschritt erzielt wurde. Der Präsident wird am Mittwoch mit den Kongreßführern verhandeln und die Fragen weiter verfolgen.

Roosevelt wird am Mittwoch nach Besprechung mit den demokratischen Kongreßführern die Fahrt nach Warmsprings fortsetzen.

Die demokratischen Führer haben beschlossen, allen Versuchen nach Herabsetzung oder Streichung der Kriegsschulden Widerstand entgegenzusetzen.

Im Staatsdepartement liegen Anzeichen vor, daß Italien die Dezemberrate bezahlen wird.

Hitlers Antwort

Die Antwort Adolf Hitlers an Staatssekretär Meißner wird gegen 3 Uhr übergeben werden. Sie wird darauf hinweisen, daß die Bildung einer parlamentarischen Regierung nach Auffassung des Führers der N.S.D.A.P. unmöglich ist. Die Antwort bedeutet also dem Sinne nach eine Ablehnung des Auftrages Hindenburgs an Adolf Hitler zur Bildung einer parlamentarischen Mehrheitsregierung. Adolf Hitler wird sich für eine präsidiale Lösung der Krise zur Verfügung stellen.

*

Hindenburgs Antwort an Hitler

Falsche Behauptungen über die Rolle des Reichskanzlers

Berlin, 22. Nov. Das Antwortschreiben des Reichspräsidenten auf die Rückfrage Adolf Hitlers ist um 1.30 Uhr dem Führer der nationalsozialistischen Partei zugeleitet worden. Ueber den Inhalt des Schreibens wird in Regierungskreisen keine Mitteilung gemacht.

Man nimmt in Regierungskreisen an, daß Hitler sich auf Grund des Antwortschreibens des Reichspräsidenten endgültig entscheiden wird, ob er den Auftrag des Reichspräsidenten übernehmen will oder nicht. In Kreisen, die der Reichsregierung nahestehen, wendet man sich mit Entschiedenheit gegen die zahlreichen Pressekombinationen, die in den letzten Tagen im Zusammenhang mit den Erörterungen über die politische Lage gebracht worden sind und die man als Aeußerungen eines Mißtrauens gegen das Verhältnis des Reichspräsidenten und der Reichsregierung ansieht. Vor allem handelt es sich dabei um die Behauptungen hinsichtlich der **Rolle, die Reichskanzler von Papen gespielt haben soll.** Es wird da u. a. behauptet, der Kanzler habe seinen Rücktritt nur durch die Strömungen im Kabinett gezwungen erklärt. Demgegenüber wird von zuständiger Seite festgestellt, daß der Reichskanzler unmittelbar nach den Wahlen den Entschluß zum Ausdruck gebracht hat, daß er die Demission des Kabinetts anbieten würde, wenn keine Möglichkeit für eine Verbreiterung der Regierungsbasis bestünde. Diesen Entschluß hat er auch in seiner Ansprache am Dienstag nach der Wahl vor den ausländischen Journalisten zum Ausdruck gebracht. **Die Beauftragung des nationalsozialistischen Führers geht auf die Anregung des Reichskanzlers von Papen zurück.**

Ebenso wie die verschiedenen Kombinationen über den Reichskanzler werden auch die in der Presse gemachten weiteren Behauptungen über die **Reise „ostpreußischer Junker" zum Reichspräsidenten als erfunden bezeichnet.**

Was die Kommentare zu dem Auftrage des Reichspräsidenten an Hitler anbetrifft, in denen kritisiert wird, daß dieser Auftrag an Präsidialbedingungen geknüpft ist, die neu und überraschend seien, so wird dazu in Regierungskreisen festgestellt, daß diese **Bedingungen des Reichspräsidenten sich erstens nur auf allgemeine Punkte beziehen und im wesentlichen lediglich eine Unterstreichung von Selbstverständlichkeiten darstellen, da sie Dinge betreffen, die sich aus der Verfassung eigentlich von selbst ergeben.** Im übrigen ist es sowohl beim Reichspräsidenten von Hindenburg als auch bei seinem Vorgänger jedesmal üblich gewesen, bei einer Neubildung der Regierung gewisse Bedingungen zu geben und Grenzen zu ziehen.

*

Die Beratungen im Kaiserhof

Um die Entscheidung Adolf Hitlers

Berlin, 22 Nov. Im Laufe des Dienstag nachmittags stellte sich die innerpolitische Situation folgendermaßen dar: Nachdem die Antwort des Staatssekretärs Dr. Meißner an Hitler übergeben worden ist, liegt der Schwerpunkt der Entwicklung jetzt wieder im Kaiserhof. Gegen 4 Uhr hat dort eine **Sitzung Adolf Hitlers mit seinen engeren Parteifreunden** begonnen, in der nun beraten werden soll, ob und in welcher Form Adolf Hitler dem Ersuchen des Reichspräsidenten folgen wird. Nach dem „Angriff" soll versucht werden, die Klärung dieser Frage sofort herbeizuführen.

In politischen Kreisen waren alle möglichen Gerüchte verbreitet. Dazu gehörte die Behauptung, daß Hitler bereits eine Einladung an die **Führer der anderen in Frage kommenden Parteien** zu einer Besprechung habe ergehen lassen. Das ist jedoch nicht richtig. Diese Einladung ist nach Auffassung parlamentarischer Kreise zwar der gegebene Weg. Zunächst aber muß Adolf Hitler sich selbst entschieden haben. Andere Gerüchte wollen von Vermittlungsaktionen wissen. Daran ist richtig, daß der Reichsbankpräsident **Schacht dem deutschnationalen Parteiführer Hugenberg** einen Besuch gemacht hat. Er hatte den Zweck einer Vermittlung, dürfte jedoch nicht zum Ziele geführt haben, da Geheimrat Hugenberg auf dem Standpunkt steht, daß nur direkte Verhandlungen zwischen den Parteiführern einen praktischen Sinn haben. Der Weg zu solchen Verhandlungen ist von Dr. Hugenberg in der Antwort an den Reichstagspräsidenten Göring ausdrücklich offengehalten. Ein ganzer Legendenkranz rankt sich um die Anwesenheit des **Herzogs zu Koburg** in Berlin. Man spricht davon, daß er den Versuch machen wolle, die Harzburger Front wieder herzustellen. Bisher ist ein solcher Versuch aber noch nicht eingeleitet worden.

Vor Hitlers endgültiger Antwort

Hitlers Antwort mit einer Denkschrift — Ein Redaktionsausschuß an der Arbeit — Vorschlag eines Präsidialkabinetts statt Mehrheitsbildung

In Berlin waren laut Conti-Dienst am Dienstag abend Gerüchte verbreitet, wonach die Antwort Hitlers dem Reichspräsidenten bereits überreicht sei. Man wollte wissen, daß die Antwort die positive Annahme des Auftrages enthielt.

Wie wir von unterrichteter Seite erfahren, sind diese Gerüchte falsch, es bleibt dabei, daß die Entscheidung Hitlers erst Mittwoch vormittag übermittelt wird. Von nationalsozialistischer Seite wird ausdrücklich betont, daß die Antwort noch gar nicht fertig ist, daß vielmehr an ihr gearbeitet wird. Rein äußerlich kommt dazu, daß Hitler am Dienstag abend in die Oper gegangen ist. Am Kaiserhof ist deshalb auch kein so lebhaftes Bild wie in den letzten Tagen.

Praktisch scheint die Entscheidung bereits in der Führerbesprechung gefallen zu sein, die am Dienstag nachmittag bis zum Abend im Kaiserhof stattgefunden hat. Wie behauptet wird, kam es zu scharfen Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Auffassungen. Als Ergebnis der Besprechungen wurde schließlich eine Kommission eingesetzt, die eine Denkschrift ausarbeiten soll, eine möglichst sachliche Darlegung, in der zu den bekannten fünf Bedingungen des Reichspräsidenten Stellung genommen wird. Im ganzen soll die Denkschrift den Nachweis enthalten, daß unter diesen Bedingungen eine parlamentarische Lösung durch Mehrheitsbildung einfach unmöglich sei. Die Denkschrift soll das ganze Problem der staatsrechtlichen und historischen Zusammenhänge behandeln, gleichzeitig aber auch positive Vorschläge für ein Präsidialkabinett geben, wie es nach nationalsozialistischer Auffassung unter den augenblicklichen Umständen für möglich gehalten wird. Es verlautet, daß die Herstellung der Denkschrift unter Leitung von Dr. Frick, Straßer und Göbbels erfolgt. In den späten Abendstunden war die Denkschrift noch nicht abgeschlossen, sie soll vor der Uebergabe nicht veröffentlicht werden.

•

Der Inhalt des Meißner-Briefes

Berlin, 22. Nov. Wie der Conti-Dienst von gut unterrichteter Seite erfährt, ist mit einer Entscheidung über den weiteren Fortgang der Verhandlungen zur Regierungsneubildung erst für Mittwoch zu rechnen.

Ueber den Inhalt des **Briefes des Staatssekretärs Meißner** erfahren wir daß er das Bestreben zeigt, die Fragen Adolf Hitlers klar zu beantworten und alle vorhandenen Zweifel zu klären. Der Kern des Briefes ist in der bereits berührten Feststellung zu sehen: **Daß der Gedanke einer Präsidialregierung von vornherein die Möglichkeit ausschließt, daß sie von dem Führer einer politischen Partei gebildet werde. Deshalb könne sich das Ersuchen des Reichspräsidenten an Herrn Hitler nur auf die Bildung einer Regierung auf parlamentarischer Grundlage beziehen.** Die Version, wonach Staatssekretär Meißner auch von der Möglichkeit einer tolerierenden Mehrheit gesprochen habe, ist unrichtig, dagegen geht sein Schreiben auch aufklärend auf die Parallele ein, die Adolf Hitler in seinem Brief zum Kabinett Brüning gezogen hatte.

Der „Angriff" zur Frage der Regierungsbildung

Berlin, 22. Nov. Der „Angriff" nimmt zu den Bedingungen Stellung, die der Reichspräsident an seinen Auftrag an Hitler geknüpft habe und meint, **es sei nicht klar ersichtlich, ob eine präsidiale oder eine parlamentarische Regierung gebildet werden solle.** Beispielsweise könne das Verlangen nach künftiger Ausschaltung des Dualismus zwischen Reich und Preußen nur von einer präsidialen Regierung, nicht von einer parlamentarischen garantiert werden. Man müsse es als einen Konstruktionsfehler bezeichnen, wenn von einer parlamentarischen Regierung, wie sie Hitler ja bilden wolle, eine derartige Garantie gefordert werde. Den bisherigen parlamentarischen Gepflogenheiten entspreche es ferner, daß der Reichskanzler bei der Zusammensetzung seines Kabinetts in personeller Hinsicht freie Hand habe. Diese Freiheit solle aber Hitler entzogen werden. Die Forderung nach Vorlage eines Wirtschaftsprogramms sei eine Selbstverständlichkeit, und die NSDAP warte ihrerseits schon lange auf die Möglichkeit, das nationalsozialistische Arbeitsbeschaffungsprogramm in die Tat umzusetzen. Das Blatt schließt u. a.: Alles in allem sieht man, daß schon der Versuch der Ausführung aller dieser Bedingungen den Auftrag Hindenburgs an Hitler in dieser Form undurchführbar machen würde.

Die Denkschrift Hitlers

T.U. **Berlin**, 23. Nov. Die Denkschrift, die Adolf Hitler am Mittwoch dem Reichspräsidenten überreichen lassen wird, ist, wie die „D.A.Z." berichtet, am Dienstag abend von einer Kommission, an der Straßer, Frick und Göbbels maßgebend beteiligt waren, entworfen und noch in der Nacht Hitler vorgelegt worden, der abends der „Meistersinger"-Aufführung in der

Staatsoper beiwohnte. Wie die „D.A.Z“ weiter erfährt, werde die Forderung nach dem Präsidialkabinett den zweiten Teil der Denkschrift ausfüllen. Hierfür würden positive Vorschläge gemacht werden, die vor allem davon ausgingen, daß die Nationalsozialisten eine autoritäre Regierung stets für notwendig gehalten hätten und sich nun auch praktisch für eine solche Lösung zur Verfügung stellen wollten. Die „Börsenzeitung“ glaubt, daß der Führer der N.S.D.A.P. trotz berechtigter Zweifel an der Durchführbarkeit des Versuches einer parlamentarischen Lösung gut tun würde, wenn er den Versuch wagen u. Verhandlungen mit anderen Parteien im Sinne des Auftrages Hindenburgs einleiten würde. Schon deshalb, damit seine Bedenken wegen der praktischen Durchführbarkeit der parlamentarischen Lösungen eventuell bestätigt würden. Wesentlich bedeutungsvoller erscheint der „Börsenzeitung“ die Möglichkeit, auf diesem Wege zu einer Wiedervereinigung der Harzburger Front zu gelangen.

*

Schacht für Hitler

T.U. **Bremen**, 22. Nov. Der zurzeit in Berlin weilende Chefredakteur Wilhelm Georg der „Nordwestdeutschen Zeitung“ Bremerhaven drahtete seinem Blatt eine Unterredung mit dem früheren Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht. Auf die Frage, ob Schacht nicht Reichskanzler werden wolle, antwortete dieser: „Es gibt nur einen, der heute Reichskanzler werden kann, und das ist Adolf Hitler.“

Wird Adolf Hitler auf die Bedingungen eingehen, die man ihm bei der Uebertragung der Mission auferlegte? war die zweite Frage. Antwort: „Man darf einem Mann, der eine große Aufgabe und damit eine große Verantwortung übernimmt, diese Aufgabe nicht durch Bedingungen einschränken — hinsichtlich der anzuwendenden Methoden.“

„Bei Gelegenheit“ — fuhr Schacht fort — „bitte ich Sie, folgendes zu veröffentlichen: Hitler hat am 13. August nicht gesagt: Ich will die ganze Macht, sondern: ich will die ganze Verantwortung! Wird Hitler jetzt nicht Kanzler, dann wird er es in vier Monaten. Er kann warten.“

Ueber Währungsfragen gefragt, erklärte Schacht: „Irgend welche Befürchtungen hinsichtlich eines Abgleitens der Währung brauchten solange nicht gehegt zu werden, als der Zahlungsverkehr mit dem Ausland von hoher Hand geregelt wird. Es wird also darauf ankommen, den Devisenverkehr nicht eher wieder freizugeben, als bis durch eine ausgeglichene Zahlungsbilanz die Mark ihre Parität bewahren kann auch im internationalen Zahlungsverkehr.

Warmbold zieht sich aus dem politischen Leben zurück?

T.U. **Berlin**, 22. Nov. Wie der „Volksdeutsche Dienst“ erfährt, hat die Philosophische Fakultät der Universität Halle nach vorheriger Fühlungnahme beschlossen, dem gegenwärtigen geschäftsführenden Reichswirtschaftsminister Professor Dr. phil. Dr. e. h. Hermann Warmbold einen Lehrstuhl an der Unversität anzubieten. Da Beauftragte der Universität gegenwärtig in Berlin mit Professor Warmbold über die näheren Einzelheiten verhandeln, scheine es festzustehen, daß er sich endgültig aus dem politischen Leben zurückziehen wolle, um sich wieder seiner früheren wissenschaftlichen Tätigkeit zu widmen.

Amerikanischer Gelehrter spricht in Berlin.
Professor Benedikt, der bedeutende amerikanische Naturwissenschaftler, der seit 25 Jahren das riesige Laboratorium für Ernährungswissenschaft der Carnegie-Stiftung in Washington leitet, hielt im Physikalischen Institut der Universität Berlin einen aufsehenerregenden Vortrag über seine Forschungen.

Hitlers Auftrag und Versuch

Der nationalsozialistische Führer Adolf Hitler hat vom Reichspräsidenten den Auftrag erhalten, eine Regierungsbildung zu versuchen. Das war die große Ueberraschung zum Wochenbeginn. Die persönliche Aussprache zwischen dem Reichspräsidenten und Adolf Hitler am Samstag haben den Boden bereitet durch Bereinigung all der zurückliegenden Zwischenfälle. Die Entspannung im Verhältnis zwischen dem Reichspräsidenten und dem Führer der größten deutschen Partei ist durchaus zu begrüßen. Das Volk hat dafür Verständnis, daß der Reichspräsident den Führer der größten Bewegung mit einer Aufgabe betraut, die in früheren Jahren auch Sozialdemokraten übertragen wurden und die seitdem von viel kleineren Parteien durchgeführt worden ist. Gewiß, die Uebertragung der Aufgabe stellt ein Abweichen von der bisherigen politischen Linie dar. Sie ist die Rückkehr zu parlamentarischen Methoden, namentlich gegenüber der letzten Kabinettsbildung, der Ernennung des Präsidialkabinetts Papen. Der Wechsel in der Haltung beim Reichspräsidenten ist dadurch deutlich. Aber die Schwenkung soll nur vorgenommen werden, wenn es Hitler gelingt, eine sichere, arbeitsfähige Mehrheit mit einheitlichem Arbeitsprogramm im Reichstag zu finden. Die Beauftragung Hitlers und die Ernennung zum Reichskanzler ist von Bedingungen, zwei personeller und drei sachlicher Art, umrahmt. Diese fünf Vorbehalte erstrecken sich auf die persönliche Zusammensetzung des Kabinetts, die der Zustimmung des Reichspräsidenten bedarf, auf die besondere Mitwirkung des Reichspräsidenten bei der Besetzung des Reichswehrministeriums und des Auswärtigen Amtes, ferner auf die Aufstellung eines Wirtschaftsprogramms, auf die Klärung des Dualismus Reich —Preußen und auf Artikel 48 der Verfassung, der nicht abgeändert oder abgeschwächt werden soll.

Adolf Hitler hat also den Auftrag, ein Koalitionskabinett zu bilden. Die Vorbehalte des Reichspräsidenten haben zu weiterem Briefwechsel und Meinungsaustausch zwischen Hindenburg und Hitler geführt, die weiteren Schwierigkeiten liegen bei den Parteien, denn ein Mehrheitskabinett setzt eine Verständigung mit den zur Mehrheit erforderlichen Gruppen voraus. Schon daraus ergibt sich, daß Verhandlungen und Zeit erforderlich ist. Bereits am Sonntag fanden solche Parteibesprechungen statt. Die erste Frage ist nun die, ob es gelingt, die Zwischenfragen um den Auftrag Hindenburgs restlos zu klären, die zweite, ob es Hitler durchsetzt, mit den Parteien den Gedanken der nationalen Konzentration zu verwirklichen.

Wird es Adolf Hitler schaffen? Nach den ersten Aeußerungen der Parteipresse wohl kaum, denn die Deutschnationalen wollen nicht mittun und die Bayerische Volkspartei bringt neuerdings laute Bedenken vor. Letztere spricht in einer parteiamtlichen Auslassung von „neuen Bedingungen, weil es sich jetzt um die gefährlichsten und gewagtesten Experimente der deutschen Politik handle.“ Die nächsten Stunden oder Tage müssen darüber Klarheit bringen, ob die Parteien die Chance ausnützen, die ihnen gegeben ist, ob Adolf Hitler den parlamentarischen Weg findet. Noch halten die Nationalsozialisten an der Forderung des 13. August fest, auf Ernennung ihres Führers zum Kanzler und auf Auslieferung der Regierungsmacht an ihre große Bewegung. Aber dies wird nur möglich sein, wenn die Mehrheitsregierung gebildet werden kann.

Muß Hitler den Auftrag ablehnen und erweisen sich andere Möglichkeiten zur Mehrheitsbildung im Parlament als aussichtslos, so kehren wir dahin zurück, wo wir zuvor waren: zu einer Präsidialregierung, die mit oder ohne den arbeitsfähigen Reichstag die Regierungsgeschäfte führen wird. Das wäre eine Notstandsregierung, die vielleicht wieder von Papen führen könnte, aber wahrscheinlich auch andere Persönlichkeiten als das bisherige Kabinett umschließen könnte, jedenfalls keinen ausgesprochenen Parteimann an der Spitze hätte. Die Lösung ist schwer, die Entscheidung ernst, aber sie wird nicht sehr rasch getroffen werden, wie man draußen im Lande vielfach erwartet.

Abonniert das „Durlacher Tageblatt“

Thronrede des Königs von England

London, 22. Nov. Der König eröffnete die Parlamentssession mit einer Thronrede, in der er betonte, daß die Beziehungen zu den auswärtigen Mächten weiterhin freundschaftlich seien. Für eine weitere verfassungsmäßige Entwicklung in Indien werde die Regierung dem Parlament Vorschläge unterbreiten. Der König sprach die bestimmte Hoffnung aus, daß die bevorstehende Weltwirtschaftskonferenz in der Lage sein werde, Uebereinstimmung über die Maßnahmen zur Beseitigung der Ursachen zu erzielen, die die wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten der Welt herbeigeführt haben.

Die britische Regierung werde fortfahren, in voller Zusammenarbeit mit den anderen Staaten auf der Genfer Abrüstungskonferenz eine internationale Konvention zu schaffen, die die Grundlage für einen dauernden Frieden bilden könne.

In der Thronrede wird weiter auf die Notwendigkeit hingewiesen, die öffentlichen Ausgaben sorgfältig zu überwachen und betont, daß die Regierung alles in ihrer Macht Stehende tun werde, um die Erholung der Wirtschaft zu fördern. Die Thronrede beschäftigt sich dann ausführlich mit der Arbeitslosigkeit, die zweifellos das schwierigste soziale Problem Englands darstelle. Jede Maßnahme für die Arbeitslosen dürfe nicht nur in einer materiellen Unterstützung bestehen, sondern müsse dazu angetan sein, die Moral und die Fähigkeiten der Arbeitslosen zu erhalten, die Arbeit wieder aufzunehmen, wenn sich die Gelegenheit biete. Die Regierung werde Maßnahmen beantragen, die sich in umfassender Weise mit der Arbeitslosenversicherung beschäftigen.

Der Arbeitsmarkt

In Baden und Württemberg

In der ersten Hälfte des Novembers hat sich das Anwachsen des verfügbaren Kräfteangebots aus den Saisonberufen der Landwirtschaft, der Industrie der Steine und Erden, des Baugewerbes und des Gast- und Schankwirtschaftsgewerbes in verstärktem Maße fortgesetzt. Auf der anderen Seite hat sich die Arbeitsmarktlage hauptsächlich in einigen Branchen der Metallindustrie, in der Textilindustrie und in der Tabakindustrie weiter gebessert. In Durchführung des zusätzlichen Arbeitsbeschaffungsprogramms konnte die Zahl der in den Maßnahmen der werteschaffenden Arbeitslosenfürsorge beschäftigten Notstandsarbeiter, sowie die Zahl der im freiwilligen Arbeitsdienst untergebrachten jungen Leute sehr erheblich permehrt werden. Nach den letzten statistischen Feststellungen vom 31. Oktober waren in **Württemberg und Baden** rund **8500 Notstandsarbeiter** und **18 000 Arbeitsdienstwillige** in zusätzlichen Arbeiten beschäftigt. Da diese in zusätzlichen Arbeiten Beschäftigten in der Statistik als für den freien Arbeitsmarkt noch verfügbar weiter gezählt werden, ergab sich infolge der jahreszeitlichen Abnahme der Beschäftigung eine Zunahme der von der Statistik erfaßten Arbeitsuchenden um 7507 Personen.

Der Gesamtbestand an **Arbeitsuchenden** betrug am 15. November 286 330 Personen; 117 326 entfielen auf Württemberg und Hohenzollern und 169 004 auf Baden. Von den Arbeitsuchenden waren 266 091 als arbeitslos anzusehen und zwar 106 142 in Württemberg und 159 949 in Baden. Die **Gesamtzahl der Hauptunterstützungsempfänger** ist auf 15. November um 2129 oder um 2,1 v. H., nämlich von 99 291 Personen (78 743 Männer, 20 548 Frauen) auf 97 162 Personen (77 532 Männer, 19 630 Frauen) gefallen; davon kamen auf **Württemberg** 42 549 gegen 43 001, auf **Baden** 54 613 gegen 56 290 am 31. Oktober 1932.

Beginn der Winterhilfe

Berlin, 22. Nov. Nach einer Mitteilung der Deutschen Liga der Freien Wohlfahrtspflege sind von Mitte September bis Ende Oktober d. J. insgesamt über 29,4 Millionen Kilogramm oder **rund 3000 Waggon Lebensmittel, Brennstoffe und Kleidungsstücke** aus den verschiedenen Gebieten des Reiches für die Winterhilfe von der Reichsbahn **frachtfrei befördert worden.** Und zwar sind 400 000 Zentner Kartoffeln und zusammen 43 000 Zentner Fleisch, Obst, Gemüse, Brotgetreide, Mischsendungen usw. und ferner 90 000 Zentner Kohlen und Briketts und rund 55 000 Zentner Brennholz und Torf an die mit der Durchführung der Winterhilfe betrauten Organisationen zur Verteilung für die Winterhilfe gelangt.

Um ein Kinderherz

Roman von Klothilde von Stegmann-Stein

Copyright by Martin Feuchtwanger Halle (Saale)

[23

Der Kindskopf hob sich aus den sanften Armen der jungen Frau. Zwei große, traurige Augen, die weit über ihr Alter gereift waren, sahen Edith Bernheim fragend an.

„Wer bist du denn eigentlich?“

Edith Bernheim lächelte.

„Ach! Entschuldige... Natürlich — ich komme da so hereingeschneit und sage dir nicht einmal, wer ich bin. Also, ich heiße Edith und helfe deinem Vati beim Arbeiten. Weil wir dich schreien gehört haben, hat der Vati erlaubt, daß ich zu dir komme und dich ein bißchen lieb habe.“

„Kommst du wieder zu meinem Vati?“ sagte das Kind und sah sie unverwandt mit seinen traurigen Augen an.

„Ich denke schon, Ralph. Soll ich denn auch einmal zu dir wiederkommen und ein bißchen mit dir spielen? Das heißt, nur, wenn du mich magst?“

„Dich mag ich!“ sagte der kleine Kerl plötzlich ganz laut und entschieden.

* * *

Der Rechtsanwalt Weltner sah erstaunt auf. In die Tür seines Arbeitszimmers trat Edith mit einem frohen Lächeln.

Sie führte an der Hand den kleinen Ralph, dessen Augen strahlend zu ihr emporgewandt waren.

„Ralphi will seinem Vater nur guten Abend sagen“, meinte Edith Bernheim lächelnd. „Wir sind sehr gute Freunde geworden. Er hat mir versprochen, ehe er wieder einmal unartig ist, erst mit mir darüber zu verhandeln, ob es auch nicht anders geht.“

Der Knabe sah einen Augenblick unsicher zum Vater auf, in dessen Gesicht keine Strenge lag, sondern nur überraschtes, gütiges Lächeln.

Da stürzte er ihm entgegen und schmiegte sich leidenschaftlich an ihn.

„Ich will auch ganz gewiß nicht mehr so trotzig sein, Vati; aber die Tante soll bei uns bleiben.“

Ueber den Kopf des Kindes hinweg sah Weltner mit einem seltsamen Ausdruck Edith Bernheim an. So seltsam, daß die junge Frau mit einem tiefen Erröten den Kopf abwandte.

Fünfzehntes Kapitel.

Mit finster zusammengezogener Stirn saß Ina Hartwig in ihrem Wohnzimmer und lauschte auf die Stimme Weltners, die gedämpft aus dem Arbeitszimmer zu ihr herübertönte. Abend für Abend war er allein mit dieser Person, dieser Bernheim, und diktierte ihr. Abend für Abend saß sie selbst nun allein und horchte mit unruhigem Herzen auf jedes Geräusch in Weltners Arbeitszimmer.

Seit jenem Tage, an dem sich ihr Weltner mehr zu nähern schien, war alles wieder anders geworden. Die Blumen, die er ihr damals gebracht, die Abendstunde, zusammen beim Essen, alles war ihr ein Beweis gewesen, daß sie endlich ihrem Ziele näher kam. Und es war die höchste Zeit, daß es endlich so kam. Fritz und seine Mutter konnten sich nur noch mit äußerster Mühe vor ihren Gläubigern retten, die immer wieder mit der reichen Heirat vertröstet wurden, die Ina machen sollte; und auch bei Ina selbst begannen die Schwierigkeiten größer zu werden. Täglich flatterten auf ihren Schreibtisch Mahnbriefe von Häusern, in denen sie Hüte, Kleider und sonstige Gegenstände auf Kredit entnommen hatte.

Man hatte ihr diesen Kredit bereitwillig eingeräumt, um so mehr, als sie in halben Andeutungen geschickt hatte einfließen lassen, daß ihre Vermählung mit Rechtsanwalt Weltner nur eine Frage der Zeit wäre. Aber allmählich verloren die Lieferanten die Geduld und man drohte, sich zwecks Zahlung dieser Schuld direkt an Weltner zu wenden.

Das durfte aber auf keinen Fall geschehen. Ina kannte die peinliche Korrektheit ihres Vetters. Sie wußte, daß er gewöhnt war, keine Rechnung längere Zeit unbeglichen zu lassen.

Und das Nadelgeld, das er ihr trotz ihres scheinbaren Widerstandes auszahlte, war so bemessen, daß er sicherlich ihre Verlegenheit nicht begriffen hätte. Was verstand denn auch ein Mann von den Bedürfnissen einer eleganten Frau?

Ihre Kusine Maria war trotz ihres Reichtums und ihrer gesellschaftlichen Stellung als Gattin eines der beschäftigsten Rechtsanwälte von einer geradezu törichten Bescheidenheit gewesen. Sie selbst, Ina, aber war an Luxus gewöhnt.

Er war ihr Lebenselement, dieser Luxus; sie konnte ohne ihn nicht leben.

Um so notwendiger aber war es, daß sie Weltner endlich dazu brachte, sich zu erklären.

Und nun kam ihr diese Person, diese neue Sekretärin, in die Quere. Ihr Instinkt hatte sie schon ganz richtig gewarnt. Als Edith Bernheims Name das erste Mal von den Lippen Weltners kam, hatte sie ein unangenehmes Gefühl gehabt. Dies Gefühl hatte sich noch verstärkt, als sie Edith zum ersten Male gesehen hatte.

Das war eine jener Frauen, die durch ihre sanfte Scheinheiligkeit, eine kindliche Miene einen Mann mehr rühren und für sich gewinnen konnte, als die größte Schönheit es vermochte. Es war genau der Typ Marias, Weltners verstorbener Frau.

Selbst wenn sich diese Bernheim noch zehnmal bescheidener und schüchterner zeigte — man kannte diese Art, hinter der sich Berechnung genug verbergen mochte. Warum arbeitete denn Weltner, seit er diese Bernheim engagiert hatte, Abend für Abend? Sonst hatte er doch manchmal Zeit gehabt zu einem gemeinsamen Theater- oder Kinobesuch, oder für ein paar Stunden bei Freunden, in einem Restaurant oder dergleichen.

Jetzt saß er wie angeschmiedet mit der Sekretärin in seinem Zimmer.

(Fortsetzung folgt.)